Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

127 (16.3.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10 % Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 127 — 77. Jahrgang. — Karlsruhe, Samstag, 16. März 1918 — 77. Jahrgang. — Mittagsblatt.

Annahme des Friedensvertrags durch die bolschewistischen Abgeordneten

Die kurländische Abordnung beim Reichskanzler.

Die kurländische Abordnung beim Reichskanzler.

WTB. Berlin, 15. März. (Nicht amtlich). Bei dem heutigen Empfang der Abordnung des Kurländischen Landrates durch den Reichskanzler verlas Unterstaatssekretär von Radowitz die Antwort auf den bekannten Vorschlag des Landrates. Darin heißt es: Mit besonderer Freude und Rührung haben Seine Majestät von der an ihn gerichteten Bitte Kenntnis genommen, die Herzogskrone von Kurland anzunehmen. Die Allerhöchste Entscheidung wird nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen getroffen und dem Landrat mitgeteilt werden. Mit lebhafter Freude und Genugtuung haben Seine Majestät ferner ersehen, daß der Wunsch des Landrates auf eine engere Verbindung des Herzogtums mit dem Deutschen Reiche gerichtet ist. Der Ausführung dieses Wunsches steht nichts mehr im Wege. Seine Majestät haben mich beauftragt, im Namen des Deutschen Reiches das wiedererrichtete Herzogtum Kurland als freies und unabhängiges Herzogtum anzuerkennen, ihm den Schutz und Beistand des Deutschen Reiches beim Ausbau seiner Verfassung, die auch eine Landesvertretung auf breiter Grundlage vorsieht, zuzusichern und wegen der Festlegung und Formulierung der vom Landrate beschlossenen engeren Verbindung mit dem Deutschen Reiche das Weitere zu veranlassen.

Der Reichskommissar für die Ostgebiete.

WTB. Berlin, 15. März. Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: Der Reichskommissar für die Ostgebiete, der Ministerialpräsident z. D. Dr. Graf v. Keyserlingk, ist zum Kommissar des Reichskanzlers für die Beratung der Angelegenheiten von Litauen, Kurland und der übrigen Ostgebiete mit Ausnahme von Polen berufen worden. Graf Keyserlingk soll alle politischen Angelegenheiten, die mit der Entwicklung dieser Länder und der zukünftigen Gestaltung des Verhältnisses zu Deutschland zusammenhängen, unter der direkten Kontrolle des Reichskanzlers bearbeiten. Der Kaiser hat dem Grafen Keyserlingk für die Dauer seines Amtes das Prädikat Exzellenz verliehen.

Der deutsche Abendbericht.

WTB Berlin, 15. März, abends. (Amtlich). Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Vormarsch in der Ukraine.

WTB. Petersburg, 15. März. (Reuter). Deutsche und ukrainische Truppen setzten ihre Operationen in Südrußland fort und haben Tschernikow besetzt. Außerdem liegt eine Meldung vor, daß die Türkei den ganzen Distrikt von Batum besetzt hat.

Rußland nach dem Friedensschluß.

Der Auszug der Behörden aus Petersburg.

WTB. Stockholm, 15. März. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Petersburg vom 14. März wird amtlich bekannt gegeben, daß die Räumung Petersburgs beendet ist und daß von vorgestern an kein Bewohner die Stadt verlassen darf. Zu diesem Zwecke ist der Verkehr aller Personen, selbst der Lokalzüge von gestern früh an aufgehoben worden. Der Rat der Kommissare der Kommune Petrograd, so lautet von jetzt an der amtliche Name von Petersburg und seine Umgebung, hat das Erscheinen aller sogenannten bürgerlichen Zeitungen, die seit Beginn der deutschen Offensive verboten waren, wieder genehmigt. Die Petersburger Telegraphen-Agentur ist nach Moskau übergesiedelt und hat eine Filiale in Petersburg errichtet.

Die Bolschewisten in Rostow.

WTB. Petersburg, 14. März. Nach der Eroberung von Rostow durch die Bolschwiki, wurden viele Personen, die im Verdachte standen, zu den Kosakentruppen zu gehören, erschossen. Die Stadt wurde mit einer Buße von 12 Millionen Rubel heimgesucht. Die Büros aller antibolschewistischen Zeitungen wurden geschlossen. Es wurden Preise für Lebensmittel festgesetzt. Große Nachsuchungen nach Lebensmitteln um die Distrikte, wo Hungersnot herrscht, versorgen zu können. Die Einwohner verlassen in großer Zahl die Stadt.

Der neue Befehlshaber der Ostsee-Flotte. — Neue Kämpfe in Zentralasien.

WTB. London, 15. März. (Reuter.) Aus Petersburg wird vom 14. d. M. gemeldet: Der Posten des Befehlshabers der Ostseeflotte ist dem Admiral Roswosow angeboten worden. Der frühere Generalstabschef des Großfürsten Nikolaus, General Bilinski, ist in Moskau unter der Beschuldigung des Einvernehmens mit Kaledin verhaftet worden. Es sind Gerüchte über erneute Gefechte bei Khokand in Zentralasien eingetroffen, die zwischen der Bevölkerung und den örtlichen Sowjettruppen stattfinden. Große Vorräte an Hanf sind gefunden worden.

Selbstmord des Kommandanten von Wladiwostok.

WTB. Petersburg. 15. März. (Reuter.) Der Kommandant des Hafens von Wladiwostok, General Dumbudeo, hat Selbstmord begangen.

Rußlands Schuld am Kriege.

);(Berlin, 15. März. Laut „Berl. Lokalanz." äußerte sich der russische Botschafter in Washington, Baron Rosen, über Rußlands Schuld am Kriege, indem er erklärt, wenn irgend jemand, dann habe er Gelegenheit gehabt, die zaristische Diplomatie vollständig kennen zu lernen, und auf Grund dieser genauen Kenntnis könne er mitteilen, daß der Krieg bereits im Jahre 1912 im Entstehen begriffen war. Hinter den Kulissen der russischen Diplomatie habe er beobachtet, daß der Krieg künstlich gemacht worden sei und gleichzeitig mit diesen Vorgängen in der Geheimdiplomatie habe die Revolution tief unten ihr erstes Grollen vernehmen lassen. Man habe jedoch gehofft, daß durch den Marschbefehl an die Truppen die Revolution aufgehalten werden könne.

•

Anerkennung des Friedensvertrages durch die bolschewistischen Abgeordneten.

WTB. Berlin, 15. März. (Nicht amtl.) Die bolschewistischen Abgeordneten auf der Moskauer Konferenz haben mit 453 gegen 30 Stimmen beschlossen, den Friedensvertrag gutzuheißen.

*

Die Räumung von Aaland.

WTB. Stockholm, 15. März. Amtlich wird bekannt gegeben: Von den russischen Truppen auf Aaland, welche nicht vorher mit eigenen Transportmitteln die Inselgruppe verließen, sind etwa 500 Mann hauptsächlich Polen, Ukrainer, Letten, Esthländer auf schwedischen Schiffen nach Schweden übergeführt worden, um später nach ihren Heimatländern weitergeführt zu werden. Ein großes Kontigment von Groß-Russen ist einer Meldung zufolge nach Libau übergeführt worden. Nach eingelaufenen Berichten sind sind jetzt auf den Inseln nur vereinzelte russische Nachzügler zurückgeblieben. Die unter schwedischer Vermittelung verabredete Räumung von Aaland ist jetzt durchgeführt worden. Das schwedische Detachement, welches hinübergesandt wurde, um die Evakuirten zu überwachen, und in diesem Zusammenhange die Bevölkerung zu schützen, hat nunmehr seinen Auftrag vollzogen. Deshalb ist die Heimführung des Detachments begonnen worden, indem heute eine Kompagnie auf dem Panzerschiff Sverige nach Hause transportiert worden ist. Der schwedische Militärkommissar, welcher im Anschluß an die Uebereinkunft zwischen Vertretern der Aalandsbevölkerung und russischen Soldaten eingesetzt wurde, um mit den schwedischen Konsuln in Mariehamn und russischen Kommissaren die Pflege des russischen Staatseigentums auf den Inseln zu überwachen, berichtet hierzu, daß er behufs Zusammenbringung von Vorhuten und ihre erfolgreichereiche Ueberwachung und andere damitzusammenhängende Zwecke einer schwedischen Macht bedürfe. Eine dafür bestimmte Gruppe wird ihm vorläufig zur Verfügung gestellt. Da das schwedische Detachement ausschließlich zu menschenfreundlichen Zwecken nach Aaland übergeführt worden ist, ist es selbstverständlich, daß seine jetzt begonnene Heimbeförderung nach vollzogenem Auftrage in keiner Weise die Stellung Schwedens zu politischen Fragen, welche mit Aaland zusammenhängen, präjudiziert wird.

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(58) — (Nachdruck verboten.)

Großvater Wiebel nahm aus dem Kommodekasten eine flache Zigarrenkiste. „Du, guck' mal rein!"

Sein Gesicht strahlte vor Stolz; es waren seine militärischen Denkmünzen und Ehrenzeichen, die da auf einem Stück Samt befestigt waren — und in der Mitte da lag ein schlichtes Kreuz an schwarz-weißem Bande — ehrfürchtig nahm es der Junge auf und hielt es in der Hand. „Das eiserne Kreuz!" flüsterte er.

Er hatte es ja schon öfters gesehen — aber heute, heute war es etwas anderes, ganz Besonderes!

„Ja, Karl, bei Gravelotte habe ich es mir verdient — damals — es ging auf Tod und Leben," nickte der Alte ernst und stolz. Karl hielt es vor seine Brust.

„Großvater Wiebel, ich hole mirs auch!" rief er entschlossen und wurde ganz rot bis unter den blonden Haarschopf vor Erregung. Es war, als übe das kleine Stück Eisen eine geheimnisvolle Wirkung und Kraft aus. „Ich hole mirs! Sie sollen es noch erleben!"

Großvater Wiebel schloß seine Heiligtümer wieder weg. „Wills Gott! Und komme gesund wieder!"

Karl ging — wer weiß, ob es nicht für immer war! Und er ging in Groll! Wie unversöhnlich war er doch!

Da hörte sie die Haustür zuschlagen; sie spähte um die Ecke — jetzt hatte Karl die kleine Gartenpforte erreicht — es hielt sie nicht mehr — sie lief ihm nach. „Karl, Karl!" rief sie mit flehender Stimme. Er wandte sich ein wenig um, und vor seinem kalten Blick sank ihr der Mut.

„Ich — ich wollte — ach, Karl, du gehst nun fort, und da wollte ich!" Sie stammelte abgerissene Worte; kam er denn nicht ein bißchen entgegen?

„Nun ja — andere doch auch! Und der Junior! Alle Achtung übrigens vor ihm! Das hätte ich ihm garnicht zugetraut! Hast wohl Angst um ihn?" höhnte er. — Ach, immer noch die Eifersucht!"

„Das ist mir gleich, Karl! Nur du!" stieß sie hervor und faßte nach seiner Hand. Er entzog sich ihr, und in zornigem heißen Glanze funkelten seine Augen sie an.

„Das hättest du früher bedenken sollen, Mieke! Nun ist es zu spät! Was du mir angetan, das kann ich nie vergessen! Und darum bin ich froh, daß es fortgeht! Und am besten wär's, wenn mich eine Kugel träfe!"

Kein gutes Wort gönnte er ihr, wo er doch in den Krieg zog! Unversöhnlich war er und achtete nicht ihrer flehenden Blicke und Worte.

Er ging, und das Zuschlagen der kleinen eisernen Gartenpforte war ihr wie ein Stich, der ihr Herz durchbohrte.

Verzweifelt starrte sie ihm nach. Nun war alles vorbei!

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Elisabeth Kühne stand im Garten an den Rosenstöcken und hob die großen schweren, dunkelroten Rosen empor, die den Höhepunkt der Blüte bereits überschritten hatten und die ersten Spuren des Welkens zeigten.

Einzelne Blumenblätter lösten sich und fielen zur Erde — „wie Blutstropfen" — dachte sie und schauerte zusammen. Ihr liebes Gesicht war so blaß und übernacht.

Da sah sie den Briefträger kommen; sie ging ihm entgegen; er hatte einen Brief vom Bruder für sie.

„Georg!" flüsterte sie.

Dann setzte sie sich in die Laube, sein Schreiben vorerst zu lesen.

Sie fürchtete sich beinahe ins Haus zu gehen, wo der Mutter trauriges, verweintes Antlitz ihr ins Herz schnitt.

Ruhelos ging die arme Frau hin und her — nahm da irgend einen Gegenstand zwecklos in die Hand, um ihn dann irgendwo anders hinzusetzen — sie begann eine Arbeit, um sie doch nicht zu vollenden — und immer hatten die Augen einen so starren, abwesenden Blick.

„Mutter, du bist ja nicht die einzige, die ihren Sohn in den Krieg schicken muß! Er kommt dir ja wieder! Verzage nicht!"

Aber ihre Trostworte halfen nichts! Wie sollte das erst später werden, wenn die Nachrichten von den ersten Gefechten eintreffen würden?

Sie seufzte tief auf.

Elisabeth öffnete Georgs Brief; mehrere eng beschriebene Bogen fielen ihr entgegen. Und sie las:

Meine liebe Schwester!

Bevor wir ausrücken, will ich in der letzten Stunde, die mir noch gehört, Dir noch einen letzten Gruß vom treuen deutschen Heimatboden senden.

Ich danke Dir für alle Deine Liebe, und ich weiß, daß Deine Gedanken immerdar mit mir sein werden!

Wir gehen in einen schweren Kampf. Wie lange es dauert — wer weiß es! Auf jeden Fall aber wird es ein heißes, blutiges Ringen werden — denn wir lassen nicht nach, ehe wir den Feind den Fuß auf den Nacken gesetzt haben.

Alldeutschland voran in der Welt! Nieder mit allen unseren Feinden im Osten und im Westen — und über dem Kanal! Dem vor allem gilt unser Haß! Wir werden nicht ruhen, bis wir ihn vernichtet haben, der durch seinen Neid das unselige Elend dieses Weltkrieges heraufbeschworen hat! Wehe dir, England! Frankreich, das bedauernswerte Frankreich, mag sich zuerst bei seinem Bundesgenossen bedanken, daß seine Fluren zum Schauplatz des Kampfes werden. Wir werden kämpfen damit Ihr Euch beruhigt jeden Abend schlafen legen könnt — wir wachen für Euch!

Und wir bringen Opfer!

Jeder muß Opfer bringen!

Und auch Du, Elisabeth! Ich fordere eins von Dir!

Denn ich kann es nicht ausdenken, daß Du, meine Schwester, jetzt noch das Weib eines Engländers werden willst — eines Angehörigen des Volkes, das auf unser Verderben sinnt!

Ich kämpfe dagegen — und Du? Nein, Elisabeth, wenn Du so denkst und empfindest, wie ich anzunehmen das Recht habe, so muß Dir das Unmögliche, das Widersinnige einer solchen Verbindung einleuchten! Ich weiß, ich tue Dir weh, — aber der Krieg macht hart! Wie viele Bräute müssen um den Verlobten weinen, wie viele Frauen um ihre Männer, wie viele Kinder um ihre Väter, die durch Englands Schuld ihr Leben dahin geben müssen!

(Fortsetzung folgt.)

Ereignisse zur See.

WTB. London, 15. März. Amtlich wird gemeldet: Das Hospitalschiff „Guilford Castle“ wurde auf der Heimreise am Eingang des Kanals von Bristol am 10. März um 5.35 Uhr nachmittags von einem feindlichen U-Boot ohne Erfolg angegriffen. Das Schiff führte die Rote Kreuzflagge und hatte alle für Hospitalschiffe vorgeschriebenen Lichter angezündet.

Nach einer anderen Meldung des Reuterschen Büros wurden auf das Hospitalschiff zwei Torpedos abgegeben. Der erste ging fehl, aber der zweite traf den Bug des Schiffes. Das Schiff wurde schwer beschädigt, vermochte aber den Hafen zu erreichen, wo die zahlreichen Kranken und Verwundeten, die sich an Bord befanden, an Land und ins Hospital gebracht wurden.

(Notiz des WTB.: An zuständiger Stelle ist über den vom Reuterschen Büro geschilderten Vorgang noch nichts Näheres bekannt. Wir müssen uns vorbehalten, auf den Gegenstand zurückzukommen.)

WTB. Amsterdam, 15. März. Aus Ymuiden wird berichtet, daß elf holländische Fischerlogger überfällig sind.

Die Annäherung Rumäniens an die Mittelmächte.

WTB. Wien, 15. März. Im Zusammenhang mit den Blättermeldungen aus Bukarest, wonach in dort unterrichteten Kreisen die Nachricht verbreitet wird, daß das Ministerium Averescu sehr bald einem Ministerium Marghiloman Platz machen werde, wird ein Besuch vielfach besprochen, den Marghiloman dem Grafen Czernin gestern abstattete. Man glaubt, daß hiermit die Politik der Annäherung Rumäniens an die Mittelmächte eingeleitet werden soll, die von Graf Czernin verfolgt wird.

Die amerikanischen Truppen in Europa.

WB. Berlin, 15. März. Ueber die Zahl der bisher in Europa eingetroffenen amerikanischen Kräfte haben die Alliierten übertriebene Nachrichten verbreitet, die dazu dienen sollen, die Kriegsbegeisterung und das Vertrauen der friedenssehnsüchtigen Völker zu heben. Die Angaben der Entente über die Stärke der amerikanischen Truppen beziffern sich auf 5 bis 600000 Mann.

Im Gegensatz dazu hat der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Frankreich, General Pershing, nach dem Lyoner Funkspruch vom 3. März selbst öffentlich festgestellt, daß die amerikanische Hilfe noch in den Anfängen begriffen und die Truppenbestände noch nicht sehr beträchtlich seien. Diese Aeußerung dürfte der Wirklichkeit mehr entsprechen als die tendenziösen Meldungen aus Frankreich und England. Die Stärke der amerikanischen Truppen in Europa ist zurzeit auf höchstens 200000 zu schätzen, von denen sich noch der größte Teil in den Ausbildungslagern befindet und noch nicht an der Front verwendet werden kann.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 15. März.

Am Bundesratstisch: Dr. Kraus.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 2.25 Uhr.

Eingegangen ist der Notetat. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die Kriegsabgaben der Reichsbank.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. Zimmermann (nat.-lib.) und Arendt (D. Fr.) wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Lesung eines Nachtragsetats von 8½ Millionen Mark zum Grunderwerb zu einem Dienstgebäude zu dem Zwecke der von der preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden geführten Reichsschuldenverwaltung, sowie für Vorarbeiten zu diesem Plan.

Die Vorlage wird an den Hauptausschuß verwiesen.

Der Gesetzentwurf über Kriegszuschüsse zu den Kosten und den Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher wird ohne Aussprache an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzentwurfes über Veranstaltungen von

Lichtspielen.

Abg. Kalkhoff (Zentr.): Das Kinowesen ist aus den Kinderschuhen herausgewachsen. Manches hat sich gebessert. Alle Schäden sind aber noch nicht beseitigt. Trotz der schärferen Zensur dürfte mancher Jugendliche durch das Kino zum Verbrecher werden. Diese Zustände dürfen nicht in die Friedenszeit übernommen werden. Ich beantrage Vorberatung der Vorlage in einem Ausschuß von 21 Mitgliedern. Die Konzessionspflicht ist nötig. Die Vorlage richtet sich nicht gegen das Kinogewerbe; sie will es nur gesunden lassen.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.): Eine gesetzliche Regelung ist, bei den offenbar im Kinowesen vorhandenen Mißständen erforderlich, gegenwärtig ist sie aber nicht möglich. Im Kinowesen sind Milliardenwerte investiert. Der Nutzen des Kino für die Volksbildung tritt zurück. Ein Reichskinogesetz ist nur denkbar in Verbindung mit einem Reichstheatergesetz. Bei der Konzessionierung sind die Interessen der kleinen Filmfabrikanten und Theaterbesitzer zu schützen.

Abg. Dr. Kerschensteiner (F. Vp.): Das Kinowesen ist, so wie es sich entwickelt hat, wohl nach allgemeiner Ansicht eine Gefahr für die Volkskultur. Wir wollen das Kino zu einem guten Unterrichtsmittel entwickeln. In dem Gesetze ist die Konzessionspflicht der begrüßenswerteste Punkt.

Abg. Ortmann (nat.-lib.): Mißstände im Kinowesen können nicht bestritten werden. Andererseits läßt sich der Wert des Kinos nicht bestreiten. Das beweisen die Kinovorführungen an der Front. Bei der Konzessionierung dürfen die Bewerber nicht der Allmacht unterordneter Polizeibehörden ausgeliefert werden. In den Grundzügen sind wir mit dem Entwurfe einverstanden.

Abg. Carmer (Kons.): Angesichts des Entwurfs auf Ueberwachung der Kinoindustrie muß der Staat sich der Sache mehr annehmen. Das Kino ist das Theater des kleinen Mannes. Da darf nur wirklich Wertvolles vorgeführt werden.

Abg. Mumm (D. Fr.): Die schärfere Kinovorlage von 1914 war besser als diese. Freiheit darf nicht zur Zügellosigkeit werden. Die unkonzessionierten kleinen Kinos haben vielfach verderblich gewirkt. Die Kinoindustrie mag sich der neuen deutschen Länder im Osten annehmen und bald Bilder aus dem deutschen Riga und dem deutschen Mitau bringen.

Abg. Cohn-Nordhausen (U. S.): Wir gehen zur Uniformierung des Kinos über. Bei der Entente wird es anders gehandhabt. Von Verbesserungen im Ausschuß machen wir unsere Zustimmung abhängig.

Die Vorlage wird an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr.

Anträge über Heereslieferungen, deutsch-russischer Friedensvertrag.

Schluß nach ¼7 Uhr.

* * *

Vom Aeltestenrat.

() Berlin, 15. März. Der Aeltestenrat des Reichstages trat heute abermals zu einer Besprechung zusammen. Er änderte seine gestern gefaßten Beschlüsse dahin ab, daß der Friedensvertrag mit Rußland und Finnland nicht am Dienstag, sondern schon am Montag die Vollversammlung des Reichstages beschäftigen soll. Vorausgehen wird die erste Lesung des Etatsnotgesetzes und die Beratung des Hauptausschusses über den Erlaß einer Bundesratsverordnung zur Ueberwachung der Geschäftsbücher und der Preisunterlagen sämtlicher für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe.

Die für morgen vorgesehene Beratung über auswärtige Fragen im Hauptausschuß des Reichstags soll in vertraulicher Aussprache erfolgen.

Der Voranschlag der Stadt Karlsruhe vor dem Bürgerausschuß.

= Karlsruhe, 15. März.

Bei Beginn der Sitzung um 8 Uhr sind 64 Mitglieder anwesend, so daß die Versammlung knapp beschlußfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Oberbürgermeister mit, daß der Stadtrat beschlossen habe, sich an der

achten Kriegsanleihe

mit einem Betrag bis zu fünf Millionen zu beteiligen. Im Einverständnis mit dem Stadtverordnetenvorstand sei beschlossen worden, die Genehmigung zu diesem Ausgabeposten heute schon vom Bürgerausschuß einzuholen. Der Antrag auf Beteiligung der Stadt an der Kriegsanleihe bis zum Betrage von 5 Millionen wird hierauf einstimmig angenommen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Der 1. Punkt betrifft

die Beschaffung von Wagen für die städtische Straßenbahn und die Karlsruher Lokalbahnen.

Es handelt sich hier um eine Vorlage, die schon einmal dem Bürgerausschuß zur Genehmigung vorgelegt wurde. Der Antrag ging damals dahin, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben, daß der zur Anschaffung von 25 Triebwagen und 20 Anhängewagen für die städtische Straßenbahn bewilligte Aufwand von 165 000 ℳ um 108 300 ℳ erhöht werde. Diese Erhöhung wurde notwendig durch die Nachtragsforderungen zweier auswärtiger Firmen (Wagenbau A.-G. in Wismar und Wagenfabrik Gottfried Lindner A.-G. in Ammendorf bei Halle), die die bestellten Wagen nicht rechtzeitig geliefert, dafür aber eine ganz gewaltige Nachtragsforderung eingereicht hat. Da sich bei der letzten Bürgerausschußsitzung eine Einigung unter den einzelnen Fraktionen nicht zu erzielen war, wurde eine gemischte Kommission gebildet, die die Vorlage aufs neue prüfte und nach Auseinandersetzungen mit den betreffenden Firmen die Vorlage wieder dem Plenum vorlegte.

Die Vorlage wurde einstimmig und ohne weitere Debatte angenommen.

Gewährung von Beihilfen an Angehörige des Mittelstandes.

In der Vorlage des Stadtrats wird beantragt der Bürgerausschuß wolle zustimmen, daß die Stadt Karlsruhe der Mittelstandshilfskasse des Kreises Karlsruhe gegenüber die Bürgschaft bis zum Höchstbetrage von 500 000 ℳ übernimmt und der erforderliche Aufwand mit Anleihensmitteln bestritten wird.

Stadtv. Peter (nat.-lib.) erklärt, daß seine politischen Freunde der Vorlage gerne zustimmen, weil sie der Meinung seien, daß der durch den Krieg schwer getroffene Mittelstand dringend der Hilfe bedürfe. Der Redner gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Bürgerausschuß die Bürgschaft für den Mittelstand noch ausdehnen würde, wenn es notwendig sein sollte.

Stadtv. Blum (nat.-lib.) weist darauf hin, daß unter den Ständen des Mittelstandes der Handwerkerstand schwer gelitten habe. Handwerk und Gewerbe sei bei den Reklamationen bei weitem nicht so berücksichtigt worden wie die Groß-Industrie. So sei es denn gekommen, daß hunderte von Betrieben des Kleinhandwerks lahmgelegt wurden. Es sei deshalb dankbar anzuerkennen, daß eine solche Hilfe für den Mittelstand geschaffen werden solle. Durch diese Hilfe werde nicht nur die Arbeitsfreudigkeit des Einzelnen gehoben, sondern auch eine Verdienstmöglichkeit geschaffen. Wenn dann noch die Selbsthilfe der Handwerker etwas eingreife, dann sei zu hoffen, daß auch Gewerbe und Handwerk nach dem Krieg wieder zu neuer Blüte gebracht werden können. Allerdings sei hiezu notwendig, daß die einzelnen Handwerker und Gewerbetreibenden sich selbst an den Organisationen beteiligen, die dem Handwerk helfen. Leider gebe es immer noch sehr Viele, die sich den gemeinnützigen Organisationen fernhalten. Zu wünschen wäre auch, daß nach dem Kriege die Beschaffung von Rohstoffen für das Handwerk energisch gefördert werde und daß die Auswüchse des Submissionswesens ausgeschaltet werden könnten.

Ebenfalls in zustimmender Weise sprachen sich die Stadtv. Weiland (Zentr.) und Edelmann (Fortschr. V.) aus.

Stadtv. Kullmann (Soz.) teilt mit, daß seine Fraktion, obgleich sie der Ansicht sei, daß dem Mittelstand doch nicht mehr zu helfen sei, beschlossen habe, der Vorlage zuzustimmen. Die Sozialdemokratie verkenne nicht, daß der Mittelstand schwer durch den Krieg gelitten habe. Auf der anderen Seite aber sei auch nicht zu bestreiten, daß durch den Krieg Einzelne geradezu ungeheuere Summen verdient haben. Das könne man nicht verstehen. Auf der einen Seite nehme das Reich von dem Einzelnen sein gesamtes Gut und Leben und auf der anderen Seite gäbe dasselbe Reich Einzelnen ungeheure Vermögen. Er erinnere nur an den Fall Daimler. Diese Gewinne sollte man nehmen und sie dem notleidenden Mittelstand zuführen. Das wäre eine wirksamere Hilfe als durch die Mittelstandskasse.

Bürgermeister Dr. Paul begrüßt es, daß alle Redner sich in zustimmender Weise für die Mittelstandshilfe ausgesprochen haben. Obgleich er die Schwierigkeiten des Mittelstandes nicht verkenne, sei er der Meinung, daß man schon etwas optimistischer der Zukunft entgegensehen dürfe. An Arbeitsgelegenheit werde es dem Gewerbe und Handwerk nach dem Kriege gewiß nicht fehlen. Fehlen werde es nur den Einzelnen an Betriebskapital und da soll die Mittelstandskasse eingreifen. Wenn dann auch noch etwas getan werde durch Selbsthilfe der Handwerkerorganisationen, dann zweifle er nicht, daß die Tüchtigkeit unserer Handwerker und Gewerbetreibenden sich nach dem Kriege wieder emporschaffen werde.

Die Vorlage wird hierauf einstimmig angenommen.

Die Beratung des Voranschlags für 1918

leitet der Oberbürgermeister mit dem Hinweis darauf ein, daß die Fraktionen sich über ein abgekürztes Verfahren geeinigt haben, wonach von jeder Fraktion nur ein Redner sprechen soll.

Der Oberbürgermeister

führte denn u. a. weiter aus:

Der Voranschlag selbst sei nicht nur in abgekürzter Form, sondern auch in beschleunigtem Tempo aufgestellt worden. Es sei erwünscht, ihn vom Vorjahr unabhängig zu machen, was hoffentlich beim Uebergang in das erste Friedensjahr gelingen werde. In diesem Jahr habe man wenigstens nicht das genaue Rechnungsergebnis von 1917 abgewartet, sondern sich mit der Feststellung begnügt, ob genügend Deckungsmittel vorhanden seien, um die Umlage auf der alten Höhe zu halten. Es habe dazu erfreulicherweise die Einstellung eines Teils des Ueberschusses vom Vorjahre genügt, nämlich 2 194 000 ℳ, während, wie jetzt feststehe, der ganze Ueberschuß 2 831 000 ℳ betrage (gegen 1 882 716 ℳ v. J. 1916 und 711 053 ℳ von 1915). Die erfreuliche Besserung der städtischen Finanzen während des Krieges habe also 1917 kräftige Fortschritte gemacht.

An dem hohen Wirtschaftsüberschuß von 1917 seien vor allem die Umlage-Nachträge mit einem Mehrertrag von 1 250 000 ℳ und die Straßenbahn mit einem solchen von 556 000 ℳ beteiligt, während eine Reihe von Betrieben und Posten (Elektrizitätswerk, Krankenhaus, Gemeindeverwaltung u. a.) ungünstiger abgeschnitten hätten, als im Voranschlag angenommen war.

Aus dem Voranschlag sei vor allem die starke Steigerung des ungedeckten Aufwandes hervorzuheben. Er beträgt 7 198 906 ℳ gegen 6 503 343 ℳ, obgleich in den Einnahmen bereits die Erhöhung des Straßenbahntarifs, der Begräbnisgebühren, der Krankenhaustaxen und der Stadtgarteneintrittspreise berücksichtigt seien. Die Ausgabesteigerung rühre in der Hauptsache her von der allgemeinen Teuerung und der dadurch erforderten Gewährung steigender Kriegszulagen und Teuerungsbeihilfen an das gesamte Personal. Namentlich aber spiele auch die Vermehrung der Schulden und die Erhöhung des Zinsfußes für diese eine Rolle. Außer 48 Millionen ℳ festen Schulden besaß die Stadt Ende 1917 etwa 33,64 Millionen schwebende Schulden, 12 Millionen mehr als im Vorjahre. Davon entfallen 7,3 Millionen auf die Kriegs-Unterstützungen, 7,6 Millionen auf sonstige Kriegs-Ausgaben, 5,2 Millionen auf gezeichnete Kriegs-Anleihen, rund 10 Millionen auf eigentliche Gemeinde-Zwecke, und 2,4 Millionen sind noch unverwendet.

Wenn die Stadt am Ende des Krieges mit 20 Millionen Kriegsschulden belastet sei, habe sie dafür jährlich für Verzinsung und 1. v. H. Tilgung 1 200 000 ℳ aufzuwenden. Es wäre dringend zu fordern, daß ihr diese Last durch das Reich womöglich aus Kriegsentschädigungen abgenommen werden könnte!

Die vom Bürgerausschuß genehmigten Anleihensbeträge seien übrigens mit obigen Summen nahezu aufgebraucht, so daß in nächster Zeit eine neue Bewilligung beantragt werden müsse. Gleichzeitig damit werde dann auch der sog. außerordentliche Voranschlag vorgelegt werden, der bis jetzt wegen des mangelnden Rechnungsabschlusses nicht habe gefertigt werden können. Mit diesem Voranschlag werde auch ein Bericht über die Verwendung der bisher bewilligten Kredite für Kriegsaufwendungen erstattet werden. Es handle sich dabei um die Kriegs-Unternehmungen, die mit Anlehensmitteln wirtschaften und daher nicht im laufenden Voranschlag erscheinen (Kriegs-Unterstützungen, Kriegsspeisung, Bekleidung, Brennstoff-Versorgung u. dergl.)

Für das Nahrungsmittelamt sei eine Pos. von 1 Million in Einnahme und Ausgabe vorgesehen. Da aber die wirklichen Beträge weit höher und im Voraus unberechenbar sind, wird es sich empfehlen, auch hierfür eine besondere Rechnung aufzustellen und im laufenden Voranschlag nur etwaige Zuschüsse oder Ueberschüsse vorzusehen.

Als Neuerung im Voranschlag sei noch zu erwähnen die Aufstellung besonderer Voranschläge für das Fuhrwesen und den Fuhrpark, die aber von keiner wesentlichen finanziellen Bedeutung seien.

Der Oberbürgermeister bespricht sodann noch kurz die finanziellen Verhältnisse der städt. Gutsverwaltung, die vorläufig noch Zuschüsse erfordere und des Konzerthauses, bei dem einer Jahresausgabe von 84 169 ℳ eine voraussichtliche Einnahme von 30 000 ℳ gegenübersteht. Dabei weist er darauf hin, daß in der Ueberlassung des Konzerthauses an das Hoftheater zu einem verschwindend niedrigen Mietzins bei den guten Einnahmen, die dort erzielt werden, ein beträchtlicher jährlicher Zuschuß der Stadt an das Hoftheater liege. Sodann erwähnt er die Erhöhung der Leistung der Stadt für die Schülerspeisung auf 60 000 ℳ und für den Landaufenthalt bedürftiger Schulkinder von 15 000 ℳ auf 20 000 Mark und hebt hervor, daß im Voranschlag nicht nur alle Ausgaben für die Fortzahlung der Gehälter und Löhne der im Heere stehenden Beamten und Arbeiter, sondern auch alle Kosten für Aushilfe sowie für Kriegszulagen und Teuerungsbeihilfen aufgenommen seien, ebenso aber auch alle Zinsen einschließlich derjenigen der Kriegsschulden und alle Tilgungsraten der festen Anlehen, sowie alle Quoten für verstärkte Tilgung.

Es sei erfreulich, daß trotzdem die Umlage auf der gleichen Höhe bleibe wie in den vergangenen Jahren, und zwar ohne irgend welche besonderen finanziellen Aushilfsmittel. Es sei dies dem abermaligen starken Anwachsen der Steuerkapitalien um 175 Millionen zu verdanken (gegen 288 Millionen im Vorjahr). Eine Umlageerhöhung würde vor allem die Hausbesitzer getroffen und genötigt haben, die Mietzinse zu steigern, was bisher mit großen Opfern auch der Stadt (Nichterhöhung des Zinsfußes für die Hypotheken) vermieden worden und möglichst lange zu vermeiden sei.

Die Befürchtung, daß man dabei auf Kosten der Zukunft hausle, sei unbegründet, da der Friede doch auch in mancher Beziehung eine Entlastung bringe, wenn auch dann vieles nachgeholt werden müsse, was im Kriege unterbleiben mußte.

Die Stadt Karlsruhe besitze aber auch noch finanziellen Spielraum, den andere Städte bereits ausgenützt hätten, so die stärkere Heranziehung der Einkommensteuersätze bis zu 2 Prozent des Umlagefußes, während wir noch auf 1,6 Prozent stehen, ferner Erhöhung von Gebühren, Einführung der Lustbarkeitssteuer u. dergl.

Immerhin müsse beachtet werden, daß auch im Voranschlag nicht vorgesehene Ausgaben im Laufe des Jahres auftauchen, so die weitere Erhöhung der Kriegszulagen und Teuerungsbeihilfen an das gesamte Personal. Schon in einigen Wochen werde eine Vorlage hierwegen zu erwarten sei, die vielleicht eine halbe Million erfordere.

Trotzdem sei kein Grund zur Beunruhigung vorhanden, nachdem die städtischen Finanzen bisher allen Angriffen auf sie glänzend standgehalten. Er hoffe bestimmt, es werde dies die letzte Teuerungsvorlage und dieser Voranschlag der letzte Kriegsvoranschlag sein. Dank der herrlichen Leistungen unserer tapferen Soldaten und der alle Erwartungen übertreffenden Erfolge, insbesondere im Osten, dürften wir den kommenden Ereignissen mit der größten Zuversicht entgegensehen, daß der furchtbare Krieg bald siegreich mit einem auch unserer Stadt glückverheißenden Frieden sein heiß ersehntes Ende findet. (Lebhafter Beifall.)

Der Obmann des Stadtverordneten-Vorstandes E. Frey

gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß es möglich war, den Voranschlag früher fertigzustellen. In seinen weiteren Ausführungen über die einzelnen Positionen des Voranschlags stellte der Redner fest, daß das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und dem Kommunalverband sich bedeutend gebessert habe. Man habe eingesehen, daß der Kommunalverband eine Organisation sei, die außerordentlich schwere Aufgaben habe. Zu begrüßen sei, daß die Stadt durch Schaffung von Kleingärten auch in das Ernährungswesen der Stadt eingegriffen habe. Ein weniger heiteres Bild wie die Kleingärten zeige die städtische Landwirtschaft. Die Gutsverwaltung Rüppurr sei ein Schmerzenskind der Stadt. Aber der Spott der Landwirte über die städtische Gutswirtschaft sei nicht am Platze. Es habe niemand wissen können, daß die Preise für die Futtermittel so steigen werden. Im übrigen sei darauf hinzuweisen, daß die Stadt ja nur deswegen Milchkühe angeschafft und das Risiko eines Ausfalls auf sich genommen habe, weil die Stadt nicht mehr sicher war, daß die Landwirtschaft der Stadt auch nur das bescheidendste Maß der für Kinder und Kranke notwendigen Milch liefern könnte. Die Stadt war also einfach gezwungen zur Eigenwirtschaft. Daß übrigens eine gewisse Abneigung bestimmter landwirtschaftlicher Kreise gegen die Städte herrscht, sei zum Ausdruck gekommen in den Verhandlungen des Badischen Landtags. Trotz dieser wenig freundlichen Stimmung müsse er es dankbar anerkennen, daß viele Kinder der Stadt im vergangenen Jahr auf dem Lande so freundliche Aufnahme gefunden haben. Er hoffe, daß dies auch in diesem Jahr wieder der Fall sein werde. Auch die Schweizer, die Karlsruher Kinder zu sich genommen haben, verdienen vollsten Dank.

Daß die Kohlenfrage in diesem Winter sich nicht zu einer allgemeinen Not ausgewachsen habe, sei ein Verdienst der Stadtverwaltung bezw. des Oberbürgermeisters, der sich schon im Sommer 1917 Mühe gegeben habe, die Kohlenfrage befriedigend zu regeln. Bedauerlicherweise seien die Bemühungen auf den Widerstand der Zechen gestoßen. Sollten die Zechen in Zukunft sich nicht nachgiebiger zeigen, sei es Aufgabe der Städte, mit allem Nachdruck gemeinsam gegen die Zechen bei der Reichsregierung vorzugehen. — Im Voranschlage stehe auch ein Posten von 5000 ℳ für die Reichsbekleidungsstelle. Das gebe ihm Veranlassung, auf die Vorgänge in Konstanz hinzuweisen, wo ein Vertreter der Reichsbekleidungsstelle für 800 000 ℳ Kleider aufkaufen ließ, die nur einen Buchwert von 290 000 ℳ hatten. Das sei ein Schulfall, daß infolge behördlicher Maßnahmen bezw. Maßnahmen von Stellen, die unter behördlichem Schutz stehen, die Preise für Lebensbedürfnisse in die Höhe getrieben werden und zwar in einer unerhörten Weise. (Sehr richtig!)

In seinen weiteren Ausführungen, in denen er das Wohnungswesen, die werbenden Werke der Stadt, die Verhältnisse der Straßenbahn streifte, bemängelte der Redner die übermäßige Ausgabe von Freikarten bei der Straßenbahn. Er stellte fest, daß im Jahr 1917 bei der städtischen Straßenbahn 19 800 Freikarten zu je 50 Fahrten ausgegeben wurden. Allein zu Ordonnanzzwecken sollen 415 000 Fahrten in einem Jahr freigegeben worden sein. Das sei doch etwas zu viel. Eine Einschränkung sei hier wohl am Platze.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Was die in letzter Zeit in der Oeffentlichkeit behandelten Kunstfragen anbelange, so müsse man dem Oberbürgermeister dankbar sein, daß er sich gegen die Ausführungen des Herrn Dr. Oeftering in der „Frankfurter Zeitung" so kräftig gewehrt habe.

Zum Schlusse seiner Ausführungen begrüßte es der Redner, daß der Schuldendienst der Stadt wieder eingeführt werde. Allen, die berufsmäßig und freiwillig bei der Stadtverwaltung tätig sind, verdienen vollste Anerkennung. Dem Stadtrat und seinen Führern, den Bürgermeistern und vor allem dem Oberbürgermeister, aber auch den Leitern der verschiedenen Aemtern, gebühre für ihre Tätigkeit vollster Dank. (Zustimmung.)

Mit dem Wunsche, daß es der Stadt bald vergönnt sein möge, wieder im Frieden zu arbeiten, schloß der Redner.

Stadtv. Rebmann (nat.-lib.):

Was die Gesamtlage unseres städtischen Voranschlags anbelangt, so ist das Bild, das der Herr Oberbürgermeister gezeichnet hat, recht schön, aber was man dahinter sieht, ist weniger schön. Wir sehen nämlich, daß die Kluft zwischen den sehr Reichen und den sehr Armen sich bedeutend erweitert hat, daß eine Reihe neuer sozialer Schäden entstanden sind, deren Ausheilung uns neue Sorgen machen werden. Wir haben aus dem Munde des Oberbürgermeisters gehört, daß die Kriegsschuld der Stadt auf 20 Millionen angewachsen ist. Zu wünschen wäre, daß die Tilgung der Schuld schneller gemacht würde als mit einem Prozent. Eine weitere Sorge wird auch die Umlagepolitik der Stadt sein. Eine Erhöhung der Umlage konnte diesmal nur hintangehalten werden, weil wir die indirekten Umlagen in die Höhe geschraubt haben. Die Kriegslasten werden uns dazu zwingen, sämtliche zur Verfügung stehenden Steuerquellen fließen zu lassen, wenn die Hoffnung auf eine Kriegsentschädigung nicht erfüllt werde. Wenn allerdings der „annexionslose Friede" im Westen so aussehen würde wie der im Osten, könnte man schon zufrieden sein.

Eine der wichtigsten Fragen der Zukunft ist die Frage der Elektrisierung. Die Aufgaben auf diesem Gebiete werden bedeutend wachsen. In unserem Haushalt, in unseren Fabriken werden die Kohlen nur zu einem Teile ausgenützt; andere wertvolle Teile gehen nutzlos durch die Kamine. Das sei eine ungeheure Verschwendung. In Zukunft werden wir mit den Kohlenvorräten ganz anders umgehen müssen. Wir müssen darauf dringen, daß Kohlen und Elektrizität in der Hand des Staates schärfstes politisches Machtmittel bleibt. Neben dem Murgwerk kommt für uns in Betracht der Ausbau der Oberrheinwasserkräfte zwischen Kehl und Basel, wo allein 500 000 Pferdekräfte gewonnen werden sollen. Welche Bedeutung dieser Frage die badischen Landstände entgegenbringen, ist daraus zu ersehen, daß die Budgetkommission der Zweiten Kammer heute beschlossen hat, die Oberrheinkräfte von Staatswegen auszunützen. Die Kommission hat einstimmig ausgesprochen, daß die Mitwirkung von Privatkapital bei diesem Werke ausgeschlossen sein soll. Es soll also nicht sein wie beim Murgwerk, dessen Kräfte durch eine gemischt-wirtschaftliche Gesellschaft zur Verteilung kommen. Es ist aber zu hoffen, daß auch bei dieser Gesellschaft, die jetzt in der Bildung begriffen ist, die Stadt die Führung mit ihrem Aktienbesitz von 52 Prozent behält.

Die Fanfaren über die Gutsverwaltung haben heute etwas gedämpfte Töne gehabt. Und zwar mit Recht. Eine Wirtschaft, die solch hohe Zuschüsse verlangt wie die Gutsverwaltung, ist krank bis ins Herz. Als Kriegsmaßnahme muß man das eben hinnehmen, aber nach dem Kriege müssen schleunigst Mittel und Wege zu einer Aenderung gefunden werden.

Zum Kapitel Schulwesen möchte ich nur bitten, der Stadtrat möchte bei der Militärverwaltung vorstellig werden, um möglichst viele Schulhäuser wieder zurückzubekommen. Es liegt dies nicht im Interesse der Lehrer, sondern im Interesse der Schüler.

Zu den Kunstfragen möchte ich zunächst meiner Befriedigung Ausdruck geben, daß im städtischen Konzerthaus der Theaterbetrieb wieder aufgenommen worden ist, wenn es auch nicht immer höchste Kunst ist, was da geboten wird. Es hat sich die Frage erhoben, ob das Hoftheater eine Karlsruher Einrichtung sei oder eine Landes-Einrichtung. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Hoftheater das ganze Land angeht und zwar nicht nur vom finanziellen Standpunkt aus, sondern auch vom künstlerischen aus. Das Karlsruher Hoftheater hatte eine künstlerische Tradition, die weit über das Land hinaus bekannt war. Wenn das heute leider nicht mehr der Fall ist, liegt dies in der Entwicklung der Dinge, an der das Hoftheater keine Schuld trägt. Unser Theaterwesen hat sich nach außen hin glänzend entwickelt, aber nicht nach innen. Es gibt zwei Arten von Theater: die eine Art, die vom Großkapital gegründet und geleitet wird, und die andere, die Hoftheater und Stadttheater. Beide Arten gehen verschiedene Wege. Es wäre zu wünschen, wenn sich ein Weg finden würde, durch den es möglich wäre, dem Hoftheater, der alten badischen Kulturstätte, die Weiter-Existenz zu gewährleisten. Bei gutem Willen allerseits wird sich dieser Weg finden lassen. Im allgemeinen kann ich nur unterschreiben, was der Obmann des Stadtverordneten-Vorstandes über die anderen Kunstfragen gesagt hat. Es ist nicht gut, wenn man Interna geschwätzig in auswärtigen Zeitungen als kulturhistorische Wahrheiten in die Welt hinausposaunt.

Was die Verhältnisse des Kommunalverbandes anbelangt, so ist es richtig, daß die Ehe zwischen Bürgerschaft und Kommunalverband eine kühle Verstandsehe geworden ist. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß nun alles gut und schön ist. Im allgemeinen aber hat man eingesehen, daß der Kommunalverband Fleisch von unserem Fleisch ist und der stetige Berger ist sanfter Resignation gewichen. Nun gehen zurzeit Gerüchte über die Gründung von zwei städtischen Konservenfabriken um. Namens der Hausfrauen möchte ich bitten, den Hausfrauen den Zucker zur Konservierung selbst zu geben.

Zur Straßenbahn übergehend, wünschte der Redner möglichst baldigen Ausbau der Strecke nach Rintheim und Aufnahme des elektrischen Betriebs in der Rüppurrerstraße. Weiter frägt der Redner, ob auch hier von einem Vertreter der Kriegswirtschaftsstelle Kleider aufgekauft worden seien, ähnlich wie in Konstanz. Mit dem Fall Daimler, den er als ein großes Unglück für das ganze Volk ansehe, dürfe man die Zustände in unserer Industrie nicht verallgemeinern. Wir seien besonders stolz darauf, daß unsere Industrie durch Tüchtigkeit und Ehrlichkeit auf die Höhe gekommen ist, durch die sie imstande war, das zu leisten, was sie geleistet hat.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kam der Redner noch auf den Brand des Museums zu sprechen, wobei er bedauert, daß der Feuerwehr ungerechte Vorwürfe gemacht wurden. Der Tod des Feuerwehrmannes, der auch auf dem Felde der Ehre gefallen sei, hätte diese Kritik nicht aufkommen lassen dürfen.

Im übrigen, so schloß der Redner, können wir ruhig der Zukunft entgegensehen. Die Stadt Karlsruhe, die alles durch die Tüchtigkeit ihrer Bürger erworben hat, wird auch in Zukunft alles überwinden, was der Krieg ihr neues und schweres in den Weg gelegt hat. Möchte dieser Zukunft der Stadt bald der schöne helle Glanz des Friedens beschieden sein. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Hof (Soz.)

bemängelt, daß die Stadtverwaltung keinen Einfluß auf die Polizei habe und wünscht daß die Preise für Gas und Elektrizität und für die Straßenbahnfahrten nach Kriegsende wieder herabgesetzt werden. Die Einrichtung der Mieteinigungsämter habe sich sehr bewährt. Die Schaffung eines einheitlichen Mietvertrags wäre eine dringende Notwendigkeit. Zu Lohn- und Teuerungsfragen übergehend, bemerkte der Redner, daß die städtische Arbeiterschaft dem Stadtrat den Wunsch auf Reorganisation der Teuerungszulagen unterbreitet habe und auf wohlwollende Erfüllung ihrer Bitten hoffe. Der Schwerarbeiterzusatz an Kartoffeln solle wieder gewährt werden. Sehr gut wäre, wenn man etwas über den Fall Dietsche erfahren würde. Im Publikum ist viel Unmut gegen diese Firma angehäuft. Die Kohlenlieferung war in diesem Winter ungenügend. Für die Ueberweisung begabter Schüler der Volksschule an eine höhere Schule sollten Erleichterungen geschaffen werden.

Stadtv. Bielefeld (F. V.):

Der erste Fraktionsredner hat gesagt, der 4. Kriegsvoranschlag sei so krank und schlank, wie wir es alle während des Krieges geworden sind; das ist doch nur rein äußerlich, denn wenn wir die Zahlen genau besehen, so sind sie doch dick, wie wenn sie die Fettsucht hätten. Eine Vertretung der Städte in der Landwirtschaftskammer könne dieser selbst nur von Vorteil sein. Wir haben keinen Grund, der Landwirtschaftskammer unsere Anerkennung auszusprechen, denn es hätte alles besser und billiger sein können. Die Zerstörung des Museumsgebäudes gibt uns Anlaß zu sagen, daß die Feuerwehr tat, was in ihren Kräften stand. Anzuregen ist aber die Frage, was geschehen kann zur Verhinderung ähnlicher Katastrophen. Ohne an der Pflichterfüllung der Feuerwehr Kritik üben zu wollen, ist doch zu erwägen, ob man nicht einen technischen Brandirektor einstellen soll. An der Neubesetzung der vakanten Stellen der Akademie der bildenden Künste hat auch die Stadtverwaltung ein Interesse. Beim Vortrag verschiedener Beamtenwünsche bittet der Redner, dem Bestattungspersonal einen freien Tag zu gewähren und den freien Samstag-Nachmittag wieder einzuführen.

Nach weiteren Ausführungen des Stadtv. **Grund** (Zentr.) dankt

der Oberbürgermeister

zunächst für die Anerkennung, die von allen Seiten des Hauses der städtischen Verwaltung gezollt wurde. Er geht sodann auf die verschiedenen angeschnittenen Fragen ein. Er erklärt, daß die Reichsbekleidungsstelle auch hier versucht hat, Konfektionswaren zu übermäßig hohen Preisen aufzukaufen. Er habe die Geschäfte gebeten, ein Angebot nicht anzunehmen und den Direktor der Reichsbekleidungsstelle um Aufklärung gebeten. In der Antwort wurde mitgeteilt, daß der betr. Aufkäufer nur Auftrag habe, in den Abzahlungsgeschäften zu kaufen und die anderen Geschäfte ohne Auftrag ausgeführt habe. Was die Mittelbadische Bahn- und Elektrizitätsgesellschaft anbelange, so müsse er sich wundern, daß diese Sache hier noch einmal zum Gegenstand von Ermahnungen gemacht worden sei. Der Bürgerausschuß habe ja schon lange der Gründung dieses gemischtwirtschaftlichen Betriebes zugestimmt und man stehe gerade jetzt vor dem Vertragsabschluß mit dem Staate. Wenn die Elektrizität des Murgwerkes jetzt teurer wird, als vorgesehen war, ist das nicht unsere Schuld, sondern das liegt daran, daß sich der Bau des Murgwerkes während des Krieges sehr hoch stellt. Die Frage nach der Errichtung zweier städtischer Konservenfabriken sei dahin zu beantworten, daß die Stadt zwar keine Konserven, wohl aber Marmelade in eigenen Betrieben herstellen wolle. Man wolle eben von der Stadt aus kontrollieren, was unter dem Namen Marmelade der städtischen Bevölkerung geboten werde. Die Hausfrauen hätten übrigens keinen Grund zur Beunruhigung wegen des Zuckers, denn für die Marmeladebereitung werde der Stadt der Zucker zugewiesen, den sonst eben andere Marmeladenfabriken erhielten. Der Zucker für den täglichen Bedarf werde nicht für Marmelade verwendet. — Zum Brand des Museums, der sehr bedauerlich gewesen sei, könne er nur sagen, daß die Feuerwehr ihr möglichstes getan habe. Der Grund für das rasche Ausbreiten des Feuers liege auf anderen Gebieten. So sei der Brand viel zu spät entdeckt worden, als er schon unter dem Gebälk große Ausdehnung angenommen habe. In Betracht zu ziehen wäre vielleicht doch eine Verstärkung der Feuerwehr, die heute nur noch aus 10 Mann bestehe.

Nach weiteren Ausführungen des Redners über Arbeitslosenfürsorge, Linderung der Wohnungsnot kam der Redner noch auf den Fall Dietsche zu sprechen. Dietsche ist beschuldigt gewesen, von der ihm vom Städt. Nahrungsmittelamt zur Verteilung überwiesenen Butter unter Ueberschreitung des Höchstpreises verkauft zu haben. Kaufmann Dietsche gab das letztere auch zu, bemerkte aber, daß es sich nicht um städtische Butter gehandelt habe, die er auf dem Weg des Schleichhandels zusammengekauft habe. Wenn er von der städtischen Butter für seine Zwecke genommen habe, hätte er sie später immer wieder ersetzt. (Heiterkeit.) Den Laden „Zur Butterblume" und den Verkauf hat nun das Städt. Nahrungsmittelamt übernommen. Neuerdings sind noch andere Beschuldigungen gegen Dietsche wegen Mindergewichts erhoben worden; die Untersuchung darüber schwebt noch. Bedauerlich ist, daß der Kaufmann Dietsche das in ihn gesetzte Vertrauen mißbraucht hat.

Der Redner streifte dann noch die Kohlenversorgung, die nächstes Jahr hoffentlich besser werde, wenn man frühzeitig mit dem Versand beginne; er teilte ferner mit, daß es den Anschein habe, als ob das Bezugsscheinverfahren für die Kartoffelversorgung aufs neue erkämpft werden müsse, da man an maßgebender Stelle wieder einmal wenig Neigung zeige, dieses Verfahren zuzulassen.

Zum Schluß rügte der Oberbürgermeister das ungezogene Benehmen der Schuljugend, an dem hauptsächlich das Elternhaus schuld sei. Er richtete einen scharfen Appell an Schule und Haus, in dieser Beziehung eine Besserung zu erzielen.

Um ¼10 Uhr wird die Beratung geschlossen.

Der städtische Voranschlag wird darauf einstimmig angenommen.

Badischer Landtag.

Das Murgwerk in der Budgetkommission.

+ **Karlsruhe**, 16. März. In der gestrigen Weiterberatung des Murgwerkbudgets waren die Ansichten geteilt, ob eine gänzliche Ausschaltung der Privatgesellschaft erwünscht sei. Habe man früher die Ansicht vertreten, ob die erzeugende Kraft auch wirklich abgesetzt werden könne, so müsse in der heutigen Zeit mit ganz veränderten Verhältnissen diese Anschauung schwinden, da dem Staate selbst das Absatzgeschäft für die Zukunft leicht gemacht sei. Von Regierungsseite wurde geltend gemacht, daß man es im Interesse des Murgwerks jetzt so lassen sollte, wie es ist, unter Revision derjenigen Paragraphen, die zu Beanstandungen Anlaß gegeben haben. Alsdann wäre es möglich, das Murgwerk alsbald seinem Wirken entgegenzuführen.

Bezüglich der Frage der künftigen Gestaltung der Elektrizitätswerke und der Schiffbarmachung des Oberrheins stellte die Budgetkommission der 2. Kammer Grundsätze auf, nach welchen unter keinen Umständen Privatgesellschaften mit dem Bau der noch zu errichtenden Werke betraut werden dürfen. Dies müsse ausschließlich Sache des Staates sein und bleiben. Die Regierung nahm diese Grundsätze zur Kenntnis.

Aus dem Großherzogtum.

* **Mannheim**, 16. März. Die Handelskammer Mannheim hat zugunsten der in Rotterdam eintreffenden deutschen Austauschgefangenen die Summe von 10 910 Mark gesammelt und dorthin überwiesen.

WTB. **Bad. Rheinfelden**, 15. März. Die hiesige Baugenossenschaft veranstaltete einen öffentlichen Werbeabend, an welchem Herr Dr. Bittel vom Landeswohnungsverein in Karlsruhe einen Lichtbildervortrag über die Leistungen der bad. Baugenossenschaften hielt. Um der drohenden Wohnungsnot entgegenzuarbeiten, plant die Genossenschaft zu ihren 23 Kleinwohnungen eine neue Siedelung auf städt. Gelände einschließlich Kriegerheimstätten zu erbauen. An dem erfolgreich verlaufenen Abend gab Architekt Steffen in längeren Ausführungen interessante Zahlen (z. B., daß am 1. Januar nur eine Wohnung mit 2 Zimmern in einem Stallgebäude leer stand) und entwickelte ein großzügiges Wohnungsprogramm für die Gemeinde.

&& **Laufen**, 14. März. In einer der letzten Nächte wurde in dem Nebenort St. Ilgen in eine Waschküche eingebrochen und daraus 2 Seiten Speck, 8 Schinken, 2 Schäufele und einige andere Rauchfleischstücke gestohlen.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 16. März 1918.

=== Der städtische Voranschlag wurde gestern vom Bürgerausschuß einstimmig nach dem Antrage des Stadtrats angenommen. In den letzten Jahren vor dem Kriege beanspruchte die Beratung des städtischen Voranschlags immer mehrere Tage. Gestern wurde er in 6 Stunden erledigt, d. h. eigentlich beanspruchte er nicht einmal soviel, denn der eigentlichen Voranschlagsberatung ging noch die Behandlung zweier anderer Vorlagen voraus, von denen die eine, die Gewährung von Beihilfen an Angehörige des Mittelstandes von außerordentlicher Bedeutung für die Entwicklung von Gewerbe und Handwerk nach dem Kriege ist. Durch ein Uebereinkommen zwischen den Rathausfraktionen war es möglich, den ganzen Voranschlag sozusagen in Bausch und Bogen zu erledigen. In anerkennenswerter Weise hat man nicht nur von einer sog. Generaldebatte Abstand genommen, auch die einzelnen Fraktionsredner — von jeder Fraktion sprach nur ein Vertreter — waren bemüht, all die kleinen und kleinlichen Angelegenheiten, die sonst den langen Speisezettel dieser Sitzungen bildeten, auszuschalten, und nur große und wirklich für die Entwicklung der Stadt bedeutende Fragen anzuschneiden. Dadurch bekam die diesjährige Voranschlagsberatung einen gewissen Zug ins große, eine Bedeutung, die weit über den städtischen Rahmen hinauswuchs. Sehr befriedigt konnte im allgemeinen der Oberbürgermeister mit dem Verlauf der Sitzung sein. Die einstimmige Annahme des Voranschlags ohne weitere Bemängelungen war allein schon eine Vertrauenskundgebung für die städtische Regierung. Aber

Westfront eine rege Tätigkeit und bemerkenswerte Erfolge unserer Luftstreitkräfte. Erfolgreich und verlustlos durchgeführte Erkundungsflüge, bis an 100 Kilometer hinter die feindliche Front, gewährten Einblick in die Maßnahmen des Gegners. Der Bahnknotenpunkt bei Chalons wurde mit 2500 Kilogramm Bomben angegriffen. Im Ganzen verloren die Gegner 17 Flugzeuge und 3 Fesselballons. Wir verloren fünf Flugzeuge. Besondere Beachtung verdient der 65. Luftsieg des Rittmeisters Frhrn. v. Richthofen und der Abschuß von drei Flugzeugen aus einem Geschwader von acht Einheiten, das die offene Stadt Freiburg mit Bomben angriff.

Clemenceaus Reise nach London.

(!) **Berlin**, 16. März. Dem „Berl. Tagebl." wird aus Genf berichtet, daß Clemenceau aus Paris abgereist ist und sich zu der dieser Tage eröffnenden Ententekonferenz nach London begibt.

Der türkische Tagesbericht.

WTB. **Konstantinopel**, 15. März. Der amtliche Bericht von gestern sagt: Ein feindlicher Zug, der im Jordantal auf Maskeja vorgehen wollte, wurde verlustreich abgewiesen. In Trapezunt fielen 82. in Erzerum bis heute 52 Geschütze in Mamahatun 18 Minenwerfer in unsere Hand. Armenier in Stärke von 2600 Mann und Maschinengewehren, sowie 240 Reiter haben am 11. unsere im Achlat und Karmutsch befindlichen Truppen angegriffen. Sie wurden verlustreich abgeschlagen.

Finnland.

WTB. **Berlin**, 15. März. Die Rote Armee in Finnland wird täglich durch Russen verstärkt und durch Material unterstützt. Unausgesetzt treffen Truppen, Waffen und Munition für die Rote Garde ein. Am 6. März kamen allein in Helsingfors drei Eisenbahnwagen Schrappnells, sechs Wagen Karabiner, mehrere Wagen Gewehre und eine größere Zahl Maschinengewehre ein. Das dauernde Anwachsen der feindlichen Streitkräfte macht eine schleunige Hilfe der Deutschen dringend notwendig.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

* **Rheinische Hypothekenbank Mannheim.** In der Sitzung des Aufsichtsrats der Rheinischen Hypothekenbank vom 15. März wurde beschlossen, der Generalversammlung neben reichlichen Rückstellungen die Verteilung einer Dividende von 9 Prozent für das Geschäftsjahr 1917 vorzuschlagen. Die Generalversammlung ist auf den 6. April d. J. einberufen.

WTB. Berlin, 15. März. Die Verhandlungen wegen eines Zusammenschlusses der Niederlausitzer Brikettindustrie hat zu dem Ergebnis geführt, daß eine neue Brikettgesellschaft mit der Firma „Niederlausitzer Brikett-Syndikat G. m. b. H." mit dem Sitz in Berlin gegründet wurde. Das Syndikat hat alle Brikettwerke der Niederlausitz vereinigt.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle.

13. März. Karl Walzer, Witwer, Maler, alt 60 Jahre. — 14. März. Rosalia Finck, alt 65 Jahre, Witwe von Wilhelm Finck, Küfer. — 15. März. Luise Ida, alt 9 Monate 25 Tage, Vater Alfred Mayer, Kaufmann.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Verlosung von Pfandbriefen und Kommunalobligationen der Rheinischen Hypothekenbank Mannheim.

18030

Infolge der vor dem staatlichen Treuhänder vorgenommenen Verlosung ist bestimmt, daß **zur Rückzahlung** gezogen sind:

von den **4%igen Pfandbriefen** der Serien **66, 67, 68** alle Stücke, mit den Endziffern **163, 363, 563, 763, 963 auf 1. April 1918.**
" " **3½%igen** " " " **XXXIII** bis einschließlich **XXXIX, 41, 42, 61, 62** alle Stücke, mit den Endziffern **167, 367, 567, 767, 967** " " " "
" " **3½%igen** " " " **77** alle Stücke, mit den Endziffern **145, 345, 545, 745, 945** " " " "
" " **3½%igen Kommunal-Obligationen** der Serien **III** und **IV** alle Stücke, mit den Endziffern **153, 353, 553, 753, 953** " " " "
" " **3½%igen Pfandbriefen** der Serien **46** bis mit **60** alle Stücke, mit den Endziffern **167, 367, 567, 767, 967 auf 1. Juli 1918**
" " **3½%igen** " " " **69** " " **76** alle Stücke, mit den Endziffern **145, 345, 545, 745, 945** " " " "

Mit dem **1. April 1918** bezw. dem **1. Juli 1918** endet die zinsscheinmäßige Verzinsung.

Wir sind bereit, die gezogenen Stücke in neuere 4%ige unverlosbare Pfandbriefe umzutauschen.

Die Einlösung oder der Umtausch der verlosten Stücke erfolgt an unserer Kasse, sowie bei allen Pfandbriefverkaufsstellen; auch ist daselbst das Verzeichnis der aus früheren Verlosungen noch rückständigen Pfandbriefe, sowie

Prospekt betr. die bei unserer Bank zulässigen mündelsicheren Kapitalanlagen erhältlich.

Mannheim, 14. Dezember 1017. **Die Direktion.**

Fango-Kuranstalt Friedrichsbad.

1302

Lokale Fango-Applikationen
gegen Rheumatismus, Gicht, Neuralgie, Ischias, besonders wirksam zur Resorption alter Exsudate, namentlich bei chronischen Frauenkrankheiten.

Kaffee Bauer

Inh.: Siegfried Sinner. 1292

Kaffeehaus 1. Ranges in nächster Nähe des Marktplatzes.
Große Auswahl an Tageszeitungen und Zeitschriften.
An Wochentagen nachmittags kein Konzert.

Täglich abends 8 Uhr und Sonntag nachmittags

Künstler-Konzert

der Kapelle Graner.

Verein für evangelische Kirchenmusik

(Chor der Stadtkirche. — Gegründet 1878.)

Palmsonntag, den 24. März 1918.
Anfang 4 Uhr nachmittags (Einlaß ¼4 Uhr), Ende gegen ½6 Uhr in der evangelischen Stadtkirche

Passions-Konzert.

Mitwirkende:

Fräulein **Sonja Sverdloff**, Opernsängerin aus Frankfurt a. M (Sopran), Herr **Benno Ziegler**, Hofopernsänger hier (Bariton) Herr **Hermann Wesche** aus Baden-Baden (Solofagottist), Herr Musikdirektor **Georg Hofmann** hier (Orgel u. Begleitung)

Musikalische Leitung: Herr Musikdirektor **Max Thiede**

Die ausgegebenen weissen Karten berechtigen unsere Mitglieder zum **freien** Eintritt. Außerdem werden an Mitglieder gegen Vorweis der Mitgliedkarte und Zahlung eines Zuschlags von 50 Pfg. für einen numerierten Platz abgegeben. Ferner sind Eintrittsart. zu haben, und zwar für **numerierte Plätze zu 2.— Mk.** nur in der Hofmusikalienhandlung von **Fr. Doert** und bei **Kirchendiener Rohrbeck** und Karten **zu 1.— Mk.** ebendaselbst, sowie in den Musikalienhandlungen von **Fritz Müller** und **Franz Tafel**, ferner in der Buchhandlung von **Müller & Gräff**, am Marktplatz. Am Konzerttage findet die Kartenabgabe von ½4 Uhr ab am Haupteingang zur Kirche statt. 1325

Der Ertrag wird der Kriegshilfe überwiesen. — Auch können am Ausgang der Kirche freiwillige Gaben für den gleichen wohltätigen Zweck gespendet werden.

Kaffee Odeon.

Nachmittagstee.
:: Eigene ::
Konditorei.
Tonkünstler-Konzerte.
Billardakademie.
Herm. Borchers
früh. Besitzer vom
Kaffee Museum.

Erstes u. größtes Familien-Kaffee der Residenz.

650 Sitzplätze.

1316

Einstellbar für jeden Bart
mit gebogener Klinge
Apparate u. Klingen
in allen einschlägigen Geschäften erhältlich. 8011

Residenz Theater Waldstr.

Samstag bis einschl. Dienstag.
Alleiniges Erstaufführungsrecht.

Im Angesicht des Todes

Drama in 5 Akten.

Die Schlange der Cleopatra

Lustspiel in 3 Akten.
In der Hauptrolle:
Anna Müller-Linke

Bukarest im 3. Kriegsjahr

Ausgabe des Bild- und Film-Amts. 1309

Mitteldeutsche Creditbank

:-: Aktienkapital und Reserven 69 Millionen. :-:

Filiale Karlsruhe.

Während des Neubaues: Kaiserstraße 140.

Zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs richten wir

Scheck- und laufende Rechnungen

zu günstigen Bedingungen ein. 1159

Die Schecks auf die Mitteldeutsche Creditbank werden an allen größeren Plätzen — ohne Abzug — eingelöst.

BUNTE BÜHNE.

Waldstr. 16/18 ✻ **Telefon 1938.**

COLOSSEUM

Ab heute Samstag, den 16. März bis mit Samstag, den 23. März:

Nur 8 Tage

Gastspiel von Käte Loisset

Ueberall Stadtgespräch! — Deutschlands vielseitigste Künstlerin.

Petra Boas in ihren eigenen Tanzdichtungen. | **Conradi und Lissy** Meister der Fangkunst.

Der beliebte bayerische Komiker

WILLI RIEDERER

prolongiert mit neuen Vorträgen.

CAMAROSA Die berühmte Tanzakrobatin. | **MAY und MAY** Unübertreffliche Handstandkünstler.

Geschwister Kuttert

Hervorragender Sportakt.

Beginn der Vorstellungen pünktlich 8 Uhr.
Sonntag, der 24. März 1328
— einziger Sonntag mit diesem Programm —
Zwei Vorstellungen: nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

-Zigaretten-

Verkaufs-Angebot
Nur an Verbraucher
Ia Qualitätsmarken
aus **reinem Tabak,**
1000 Stck. Mk. 80.—, 100.—, 120.—, 150.—.
Versand Nachnahme
D. Guttmann,
Charlottenburg 0,
Potsdamerstr. 12. 15026

Städt. Vierordtbad

Schwimmbad.

Für Frauen u. Mädchen geöffnet: „Werktags vormittags 9–11 Uhr und nachmittags 3–½5 Uhr, sowie Freitags von 6–8 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags".

Für Herren u. Knaben geöffnet: „Werktags vormittags 8–9 Uhr und 11–1 Uhr, nachmittags ½5–8 Uhr. Freitags nachmittags nur ½5–6 Uhr, sowie Samstag nachmittags 3 Uhr bis abends 9 Uhr.

Mittags 1–3 Uhr geschlossen.
An Sonn- und Feiertagen während der Kriegszeit geschlossen. 61

Zur **Abhärtung** des **Körpers** benütze man regelmäßig das Schwimmbad im **Friedrichsbad.**

1 Karte	10 Karten	Kinder
Mk. —.60	M. 5.—	Mk. —.30

Im Lebensbedürfnisverein einzeln zu 50 Pfennig. 1332

Verein für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur.

In den „Vier Jahreszeiten"
Dienstag, den 19. März, nachmittags ½5 Uhr

Vereinsnachmittag.

Vortrag von Frau Professor **Lang-Kurz** aus Stuttgart.
Anschließend Hauptversammlung.
Kleine Ausstellung kunstgewerblicher Arbeiten: Schmuck, Spitzen und Heimarbeiten des Heidelberger Vereins.
Eintritt frei. Gäste willkommen.

Der Vorstand. 1327

Papier.

Wir kaufen jede Menge:
altes Papier, Zeitungen, Briefschaften, Bücher, Papierabfälle aller Art.

Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Grössere Mengen von 250 Kilogramm an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Fabrik, **Waldstrasse 28**, abzuliefern. 1283

A. Braun & Co.

Wir kaufen
Markensammlung
gegen bar. 15014
Philipp Kosack & Co.,
Berlin C., Burgstr. 13.

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Samstag, den 16. März 1918, A 44 (rote Karten)

Wilhelm Tell.

Anfang ½7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

L. z. Tr. 1330

Montag, den 18. III. 18
8 Uhr.